

BLICKPUNKT



Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 02

März 2010 -Intern. Frauentag-

Jahrgang 39

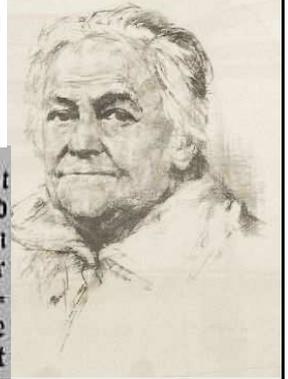
Beschluss am 27. August 1910 in Kopenhagen

Internationaler Frauentag

Der Beschluss.

Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.

Klara Zetkin
am 21. Juli 1920 auf Einladung der
Kommunistischen Partei (KPD)
in Heidenheim



Heidenheim, 21. Juli. Der Name Klara Zetkin hat auch hier, wie überall, seine Anziehungskraft bewiesen und gestern Abend der kommunistischen Partei einen überfüllten Konzerthausaal verschafft. Frau Zetkin stand bis zur Gründung der U. S. P. auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie, trat dann zur U. S. P. über und landete bald darauf bei den Kommunisten. Trotz ihres Alters ist sie geistig noch sehr reaktiv und hat eine große Wirkung auf die Arbeiterinnen.

Von der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen wurde auf Antrag der Frauenrechtlerinnen und Kommunistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker von ca. 100 Frauen aus 17 Ländern der Internationale Frauentag als Kampftag für die Rechte der Frauen in aller Welt beschlossen.

Erstmals wurden in verschiedenen Ländern Aktionen am Internationalen Frauentag im März 1911 durchgeführt.

Die Frauen traten u.a.

- ★ gegen den imperialistischen Krieg
- ★ für Arbeitsschutzgesetze
- ★ ein Wahl- und Stimmrecht der Frauen
- ★ für gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung

- ★ für den der Achtstundentag
- ★ für ausreichenden Mutter- und Kinderschutz
- ★ für die Festsetzung von Mindestlöhnen ein.

Eine von Ausbeutung, Kriegsdrohung und Kriegen freie Gesellschaft, in der Frauen wirtschaftlich und psychisch vom Mann unabhängig, selbstbestimmt leben, die gemeinsamen gesellschaftlichen Angelegenheiten gleichberechtigt mitbestimmen und entscheiden können war der Zukunftstraum der kämpfenden Frauen. Durch einen Internationalen Frauentag sollte darauf hingewiesen werden, dass für diese Forderungen weltweit gekämpft wird.

Ohne Zweifel haben wir einiges erreicht in den vergangenen 100 Jahren. Doch für das Ziel einer vollen

gleichberechtigten Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft muss noch viel getan werden. Nicht nur die ökonomischen, sondern jegliche Unterdrückungsverhältnisse gilt es zu überwinden, seien sie ethnisch, religiös oder geschlechtlich begründet.

Für die Menschenrechte einzutreten kann nur heißen, nicht mehr die Rechte der Frauen in Frage zu stellen und sie mit Füßen zu treten.

Der Handel mit Frauen auf der ganzen Welt als billige Arbeitskräfte, Katalogbräute und Zwangsprostituierte, die sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen über ihren Körper gehören unter anderem zu den Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen die Rechte der Frauen und Menschenrechte verstoßen. ★



**50 Jahre Ostermarsch: ... für eine Welt, die von Kriegen nichts mehr hält:
Bundeswehr raus aus Afghanistan! - anstatt rein in die Schulen**

Stuttgart - Samstag, den 03. April 2010

vom Deserteursdenkmal zum Kultusministerium

12:00 Uhr beim Theaterhaus dann 14:00 Uhr Schlossplatz

Eine schallende Ohrfeige

Nicht nur die Sozialdemokraten auch die Grünen, aber auch CDU, CSU und FDP haben vom Bundesverfassungsgericht eine schallende Ohrfeige bekommen.

Die Hartz IV-Regelsätze sind verfassungswidrig. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist eng mit einem menschenwürdigen Existenzminimum nach Artikel 1 Abs.1 und Art. 20 Abs.1 Grundgesetz verbunden. Schämen sollten sie sich, die Sozial-, Christ- und Liberaldemokraten einschließlich der Grünen, die vor rund fünf Jahren mit den sog. Hartz-Gesetzen einen der tiefsten sozialen Einschnitte und damit die Spaltung unseres demokratischen und sozialen Staates vollzogen haben. Und FDP Chef Westerwelle hört nicht auf und verunglimpft unsere Hartz IV-Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Weg mit Hartz IV aber auch weg mit Westerwelle und seiner FDP. Westerwelle begiebt sich auf Stammtischniveau. Welche Verachtung gegenüber Arbeitslosen spricht aus Westerwelles FDP und deren

Tabu, die Hartz IV-Regelsätze zu erhöhen. Arbeitslosigkeit ist für ihn kein gesellschaftlich verursachtes Risiko, sondern zuoberst ein persönliches Versagen und mangelnde Eigeninitiative Betroffener. Er will Langzeitarbeitslose mit verschärften Repressalien zur Arbeitsaufnahme zwingen. Als wenn Millionen Menschen Versager oder Drückeberger wären.-Es fehlt an Arbeitsplätze-Das sog. „Lohnabstandsgebot“ muss mit dem Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, mit gesetzlichen Mindestlöhne von mindestens 10,- Euro/ Stunde und dem Verbot des Lohndumping erhalten werden und nicht durch Existenzverschlechterung für Menschen und Familien an die Armutsgrenze ins Gegenteil verkehrt werden.

Die FDP, die Partei der Multis und der Millionäre vereint mit CDU/CSU, gesponsert von Versicherungsmultis, Unternehmerverbände und Banken, sollten

Die Würde des Menschen ist antastbar – durch Hartz IV



Vergesst die Erfinder nicht!

**Schröder SPD Bundeskanzler a.D.
Clement SPD Wirtschaftsminister a.D.
Hartz Personaldirektor bei VW a.D.**

sich zurücknehmen und schnellstens dafür sorgen, dass den Familien an der Armutsgrenze ein Leben in Würde ermöglicht wird. Was arbeitet Westerwelle? Welchen Beitrag leistet er zur Steigerung des Bruttosozialprodukts? Das sollten sich alle Fragen, die der FDP zur Bundestagswahl eine Stimme gaben. Soviel Multis, Bänker, Steuerhinterszieher, Immobilienspekulanten gibt es in der BRD sicherlich nicht. Oder?



Was sagt uns dieses Kürzel „ZMZ“ Verfügt Deutschland über eine neue Heimatarmee?

Der Internationale Frauentag ist zugleich auch ein Friedenstag. Deshalb ist es unerlässlich, dass sich insbesondere die Gewerkschaften bei der Umsetzung der Internationalen Frauentage auch der Friedensfrage stellen. Zusammenhängend gilt auch darüber aufzuklären welche neue Funktion die Bundeswehr bzw. ihre Gliederungen im Innern wahrzunehmen haben.

Der Aufbau einer Truppe gegen den „Inneren Feind“ ist weit fortgeschritten. Mit der

ZMZ-I (Zivilmilitärische Zusammenarbeit Inneres)

und dem neuen Reservistengesetz können Hunderttausende ehemalige Soldaten gegen den äußeren und inneren Feind eingesetzt werden.

Wer ist der „innere Feind“?

Sind es streikende Arbeiter - Innen und Angestellte, Globalisierungsgegner, Antifaschisten -

Innen, Menschen die für mehr Rechte gegen den Überwachungsstaat auf die Straße gehen, für mehr soziale Rechte protestieren, Migranten und Flüchtlinge?

Deutschland verfügt über eine neue Heimatarmee!

Ca. 440 Kommandos aus jeweils 12 einsetzbaren Reservisten der Bundeswehr sind in den Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichtet worden. Behörden der Bundesländer dürfen eigenständig Militär im Rahmen der Amtshilfe anfordern.

Auf einer Tagungen von Banken, Industriellen und Offizieren zur Förderung der gemeinsamen Interessen, genannt Celler Dialog, fasste der ehemalige Verteidigungsminister Jung die Sache so zusammen: Es müsse „möglich sein, Kräfte und Mittel der Bundeswehr dann zum Schutz der deutschen Bevölkerung einzusetzen, wenn die Mittel der Polizei ausgeschöpft“ seien.

Der Einsatz der Bundeswehr gegen Streikende und Demon-

strierende ist nicht mehr auszuschließen. Es bleibe „dem jeweiligen konkreten Einzelfall vorbehalten“ ob „Streiks ... als Begründung für ein Tätigwerden der ZMZ Strukturen herangezogen werden können“.

Die Bundesregierung hält sich mit der ZMZ-I alle Optionen für den Militäreinsatz im Innern offen. Die ZMZ-Kommandos wirken gleichfalls als militärische „Speerspitze“ die schleichend in die zivilen Verwaltungsstrukturen einsickern.

Ein zwischen dem Kultusministerium Ba.-Wü. und der Bundeswehr geschlossener „Kooperationsvertrag“ eröffnet die Militarisierung in Bildung und Ausbildung.

Der Militarisierung der Gesellschaft entgegen-



- ★ Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten.
- ★ Raus aus den Amtsstuben der öffentlichen Verwaltung.
- ★ Keine Einsätze von Reservistenverbände im Inneren.
- ★ Öffentliche Aufklärung über die Lage im Landkreis.



Roderich Kieseeweters, militärische Laufbahn, Oberst a.D. (MdB) im Generalstabsdienst, Leitungs- u. Stabsaufgaben EU-Rat, NATO Hauptquartier Brüssel, Bataillionskommandeur, Auslandseinsätze, Büroleiter beim Chef des Stabs im NATO-Hauptquartier. Qualifizierung: Führungsakademie der Bundeswehr, Militärpolitik, Strategie, ganzheitliche Planung, Operationsführung, vernetzte Sicherheitspolitik, zivile militärische Zusammenarbeit. Funktionen: Büroleiter Chef des Stabs SHAPE, Grundsatzreferat BMVgFü H/Z, Gruppenleiter G3 Planung und Operation, Bataillionskommandeur RakArtLehrBtl, Referent EU-Rat u. NATO - Hauptquartier Brüssel, alles Branche Öffentlicher Dienst. Jetzt Vizechef des Reservistenverbands.